

5. Konsequenzen von Rollenorientierungen

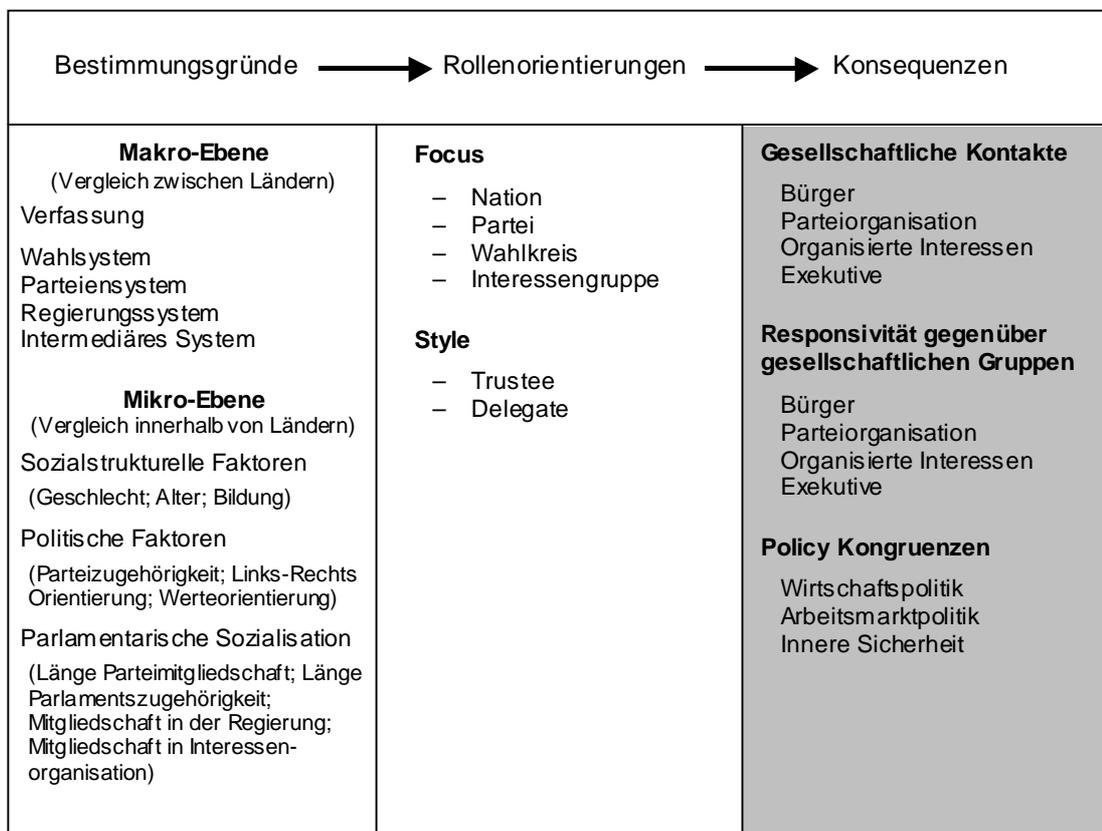
Daß es unterschiedliche Auffassungen unter Abgeordneten von ihrer Repräsentationsrolle gibt, wie in Kapitel 3 dargelegt wurde, ist, zumal im internationalen Vergleich, nicht verwunderlich. Und daß wir diese Unterschiede, wie in Kapitel 4 geschehen, erklären können, zum größeren Teil durch Variationen auf der Ebene des politischen Systems und zum kleineren Teil durch Variationen auf der individuellen Ebene, scheint durchaus plausibel. Doch belegen die Existenz und die Erklärung von Variationen im Rollenverständnis von Abgeordneten noch nicht, daß es sich beim Rollenansatz um ein sinnvolles Konzept in der Repräsentationsforschung handelt. Was fehlt, ist der Nachweis, daß der Rollenansatz ein implikationsreiches Konzept darstellt, welches zur Aufklärung des Phänomens ‚Politische Repräsentation‘ substantiell beitragen kann.

Hier hat sich der Forschungsstand in den letzten Dekaden nicht signifikant verbessert, so daß noch wie vor die Feststellung Malcolm Jewells Geltung beanspruchen kann: „*The most obvious gap in role studies concerns the consequences of varied role orientations*“ (Jewell 1985:125). Es handelt sich dabei nicht nur um ein abstraktes Forschungsdesiderat, sondern um das Kernproblem des Rollenansatzes, der nur dann von Kritik immunisiert werden kann, wenn er seine Tragweite unter Beweis stellen kann. Sollte dieses nicht gelingen, so muß daß Holmberg'sche Credo auf den gesamten *Role Approach* Anwendung finden, der demnach bezeichnet werden könnte als „*a Sunday suit that MPs put on to show their feathers, or to make inquisitive researchers happy*“ (Esaïasson/Holmberg 1996:57), womit unser Forscherglück ein sicherlich unvollständiges wäre.

Daher soll sich das letzte Kapitel der vorliegenden Arbeit diesem Problem widmen: welche Konsequenzen gehen von Rollenorientierung im Hinblick auf unserer Untersuchungsgegenstand, politische Repräsentation, aus? Welche Auswirkungen hat die Einnahme bestimmter Ausprägungen der Repräsentationsrolle? Diese Frage wird in fünf

Arbeitsschritten untersucht werden: ersten ist danach zu fragen, wo wir überhaupt nach Konsequenzen von Rollenorientierung zu suchen haben, bzw. welche Konsequenzen von der Repräsentationsrolle grundsätzlich zu erwarten sind. Zweitens soll dafür das Konzept ‚Politische Responsivität‘ fruchtbar gemacht werden, welches im folgenden eine aus drei Schritten bestehende empirische Analyse erlaubt: der Untersuchungen der ‚Kontakt-Responsivität‘, der ‚Gruppen-Responsivität‘ und der ‚Policy-Responsivität‘.

Schaubild 5.1: Der konzeptuelle Rahmen – Gegenstand des fünften Kapitels



5.1. Einleitende Bemerkungen zur Erklärungskraft von Rollenorientierungen

Welche Auswirkungen können Rollenorientierung haben, und wie können diese gemessen werden? Diese Frage zielt auf Chancen, aber auch Grenzen des Rollenansatzes für die Erklärung politischer Repräsentation. Sie verdient vor allem deshalb der ausführlicheren Behandlung, weil gerade in der US-amerikanischen Repräsentationsforschung das Rollenkonzept mit Verhaltenserwartungen überfrachtet und damit überfordert wurde. Zuvorderst stellt sich noch einmal die Frage, was die Essenz politischer Repräsentation im Parlament überhaupt ist.

Politischer Repräsentation – mehr als diskretionäres Entscheidungshandeln

Politische Repräsentation lediglich zu begreifen als einen Prozeß, in dem Agenten die Interessen der Repräsentierten durchsetzen in Form der Implementation politischer Entscheidungen in Regierungshandeln, ist sicherlich verkürzt. Zwar ist diskretionäres Entscheidungshandeln ein Bestandteil politischer Repräsentation, doch muß das Wesen politischer Repräsentation deutlicher weiter gefaßt werden, wie bereits im Theorieteil dieser Arbeit ausgeführt wurde. Folgende Dimensionen wurden dort eingeführt:

- Repräsentation durch Rezeption/Artikulation
- Repräsentation durch Entscheidungen
- Repräsentation durch Outputs/Outcomes

Diese drei Dimensionen können als Prozeßmodell begriffen werden (Weßels 1991:103, bzw. 109), deren Stufen aufeinander aufbauen. Zu Beginn des Prozesses politischer Repräsentation steht die Chance, daß die Interessen der Bürger in den Prozeß parlamentarischer Entscheidungsfindung überhaupt Eingang finden. Die Rezeption von Interessen durch gewählte Repräsentanten bildet die Basis dieses hierarchischen Repräsentationsmodells. Erst wenn die Interessen der Repräsentierten durch die Repräsentanten aufgenommen werden, können sie bei der Entscheidungsfindung im Parlament Berücksichtigung finden. Diese Interessenaufnahme kann dann, muß aber nicht notwendigerweise zu einer Artikulation im Parlament führen, welche wieder die Voraussetzung darstellt für die Überführung von Interessen in parlamentarische Entscheidungen, welche letztendlich in konkrete politische Outputs und Outcomes transferiert werden können. Alle drei Dimensionen sind für den Prozeß politischer Repräsentation bedeutsam. Aus der Tatsache, daß bestimmte Interessen weder im

Parlament artikuliert noch in Entscheidungen überführt wurden, läßt sich nicht ableiten, daß keine Repräsentation stattgefunden hat. Insofern geht das hier vertretene Konzept politischer Repräsentation über eine bloße Output- bzw. Outcome-Orientierung hinaus, in dem es Repräsentation begreift als Möglichkeit, daß Interessen Gehör finden, ungeachtet des letztlichen Erfolges dieser Interessen.

Rollenorientierungen und Abstimmungsverhalten

Aus diesen Gründen müssen die Auswirkungen der Repräsentationsrolle auch weiter gefaßt werden, als es bislang geschah. Wenn Repräsentation ein vielschichtiger Prozeß ist, der mehr beinhaltet als die Überführung von Interessen in parlamentarische Entscheidungen, dann greift die Analyse des Abstimmungsverhaltens als abhängiger Variable der Repräsentationsrolle offensichtlich zu kurz. Aber auf genau dieses hat sich die Repräsentation nur allzu häufig konzentriert:

Die auf der Studie von Warren Miller und Donald Stokes (1963) basierende Ableitung von unterschiedlichen Rollenverständnissen aus den theoretisch erwartbaren und empirisch meßbaren Einflußpfaden (vgl. Schaubild 2.3) suggerieren einen direkten Einfluß des Rollenverständnisses auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Daß eine solche Ableitung theoretisch zu kurz greift (Eulau/Karps 1977) und methodisch auf unangemessene Weise erfolgte (Achen 1977, 1978; Erikson 1978), wurde dabei von den Kritikern des Rollenansatzes häufig übersehen. Eine Folge war daraufhin die Modifikation des soziologischen Rollenkonzeptes im Hinblick auf eine Integration von stärker handlungstheoretisch geprägten Ansätzen (Alpert 1979).

Eine andere Konsequenz wäre freilich, von vornherein nicht von der Erwartung auszugehen, daß Rollenorientierungen ein geeigneter Prädiktor für das Verhalten von Abgeordneten bei Abstimmungen im Parlament sind. Einem europäischen Beobachter würde sich eine solche Erwartung a priori verbieten, da daß Abstimmungsverhalten, ganz im Gegensatz zum US-amerikanischen Fall (Converse/Pierce 1992:398), entscheidend durch die Fraktionen und weniger die einzelnen Parlamentarier determiniert werden⁹⁹.

⁹⁹ So sind zum Beispiel in Deutschland namentliche Abstimmungen sehr selten, weshalb Barbara Farah in ihrer Replikation der Miller-Stokes-Studie das Abstimmungsverhalten von Fraktionen als Ersatzmaß heranziehen mußte (Farah 1980). Zwar treten seit der 10. Wahlperiode verstärkt namentliche Abstimmungen im Deutschen Bundestag auf (Schindler 1999:1728), was auch die empirische Untersuchung der Kohärenz der Fraktionsabstimmungsverhaltens gestattet (Saalfeld 1995). Doch macht diese Zunahme das Abstimmungsverhalten noch lange nicht zu

Das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier im Parlament kann daher kaum noch als individuelles Verhalten begriffen werden, sondern stellt eine Form kollektiven Verhaltens dar. Hier geht es aber um die Auswirkungen individueller Dispositionen, konkret: der Repräsentationsrolle des Abgeordneten, auf individuelles Verhalten. Zudem muß festgestellt werden, daß die Intention, Abstimmungsverhalten vorhersagen zu können, zwar oftmals auf den Rollenansatz appliziert wurde, jedoch von den Pionieren des Rollenansatz kategorisch ausgeschlossen wurde (Eulau/Wahlke 1978:14f).

Auswirkungen jenseits des Abstimmungsverhaltens und Limitierungen durch das Studiendesign

Welche Konsequenzen können also, jenseits einer Auswirkung auf Abstimmungen im Parlament, von Rollenorientierungen auf den Prozeß der politischen Repräsentation ausgehen? Bleiben wir innerhalb des hier gewählten Analyserahmens, der Phänomene politischer Repräsentation aus der Perspektive der Repräsentant analysieren möchte, so bieten sich hier die Dimensionen der Artikulation, insbesondere aber der Aufnahme gesellschaftlicher Interessen durch die Parlamentarier an. Hier ist auf das Konzept politischer Responsivität abzustellen, welches im folgenden Abschnitt weiter ausgeführt werden wird.

Doch zuvor soll noch auf ein zentrales methodologisches Problem der Messung von Konsequenzen von Rollenorientierungen hingewiesen werden. Das hier vorliegende Untersuchungsdesign führt notwendigerweise zu Limitierungen, die dem komparativen Ansatz unserer Studie geschuldet sind. Denn nicht alle denkbaren Auswirkungen der Repräsentationsrolle sind gleichermaßen gut für den empirischen Zugang geeignet, was natürlich besonders für Output- und Outcome-basierte Indikatoren gilt. Es mag im Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten durchaus relevante Bereiche geben, in denen wir Konsequenzen der Einnahme von Rollenorientierungen vermuten können, die sich jedoch unserem methodischen Ansatz, der komparativen Analyse aller Parlamentarier der in die Studie einbezogenen Länder, entziehen.

So läßt sich eine umfassende Beobachtung der Aktivitäten im Parlament für alle elf Länder kaum realisieren, die Dimension der Artikulation kann somit nur ansatzweise abgedeckt werden. Auch eine die außerparlamentarische Arena einbeziehende umfassende Analyse des Abgeordnetenverhaltens scheint angesichts des erforderlichen

einem individuellen Vorgang, was durch einen „*Rice-Index of Cohesion*“ von über 93 Prozent seit der 6. Wahlperiode deutlich wird (vgl. Schindler 1999:1783f).

enormen Ressourceneinsatzes nur schwer durchführbar. Doch gerade hier ließen sich ganz erhebliche Konsequenzen der Rollenverständnisses von Abgeordneten vermuten. Denken wir zum Beispiel an den Wahlkreis, eine für viele Abgeordnete höchst bedeutsame Arena (Patzelt 1993), so sind hier deutliche Effekte unterschiedlicher Rollenorientierungen mehr als plausibel (vgl. Fenno 1977; Fenno 1978). Ein Wahlkreis-Vertreter wird sicherlich eine andere Quantität und Qualität der Wahlkreisarbeit aufweisen als ein Nation-Vertreter. Doch läßt sich dieses tatsächliche Verhalten von Abgeordneten aufgrund des gewählten Forschungsdesigns nicht direkt überprüfen. Es kann jedoch im folgenden auf das in der Befragung erhobene berichtete Verhalten der Parlamentarier zurückgegriffen werden.

5.2. Ein Konzept politischer Responsivität

Verstehen wir, vereinfacht formuliert, unter politischer Repräsentation den Prozeß zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, dann bezeichnet Responsivität ein Element dieses Prozesses, das auf das Verhalten des Abgeordneten abstellt, „*A Certain Characteristic Activity*“, um in der Pitkin'schen Terminologie zu bleiben. Der Kern des Responsivitätskonzeptes wird von Uppendahl definiert als die „Rückkoppelung des politischen Handelns der Regierenden, ... der Repräsentanten an die Interessen der von ihnen regierten ... und repräsentierten Menschen“ (Uppendahl 1981:127). Es wird also zentral auf die Empfänglichkeit, Aufnahmefähigkeit und Verantwortlichkeit der Repräsentanten (Herzog 1989:325) abgestellt. Eine solche ist zwar als demokratietheoretische, auf Amitai Etzioni (1968) zurückgehende Norm zum Allgemeinplatz politischer Theorie geworden, dessen definatorische Unzulänglichkeiten erst mit seiner Konkretisierung und dem Versuch einer Operationalisierung sichtbar werden.

Responsivität als Output/Outcome-basiertes Konzept

Eine Forschungstradition versucht, auf Pennock (1952) rekurrierend, Responsivität zu präzisieren als Übereinstimmung von Bevölkerungspräferenzen und parlamentarischem, bzw. Regierungshandeln (vgl. Brettschneider 1996:109). Doch fragt sich hier, ob dieses nicht eine unzulässige Verkürzung der Responsivitätskonzeptes auf politische Outputs und Outcomes darstellt. Brettschneider selbst diskutiert die Möglichkeit, ob nicht, wie bei Uppendahl (1981:129) angedeutet, daß Rollenverständnis der Repräsentanten eine zentrale Kategorie von Responsivität darstellt, kommt jedoch zu dem Schluß, daß aufgrund von unterschiedlichen Evidenzen US-amerikanischer Studien von einem

Nachweis dieses Einflusses nicht gesprochen werden kann (Brettschneider 1995:56). Allerdings wurde dabei übersehen, daß alleine nach der Erklärungskraft der Style-Dimension der Repräsentationsrolle gefragt wurde und die Focus-Dimension gänzlich unbeachtet blieb.

Zentrales Problem eines solchen Responsivitätskonzeptes ist nun, daß zwar ein auf der Makro-Ebene durchgeführter Vergleich der Präferenzen in der Bevölkerung und dem legislativen Output zu aufschlußreichen empirischen Ergebnissen kommen mag, der darunter liegenden Prozeß aber theoretisch unerklärt bleibt. Wir haben es somit mit einer responsivitätstheoretische *black box* zu tun, die auch nicht durch die Schlagworte ‚Wahlen‘ und ‚Parteienwettbewerb‘ hinreichend aufgefüllt wird. Hier gilt es also, die Lücken in der Kausalkette, die letztlich zur Übereinstimmung zwischen Bevölkerungspräferenzen und politischen Entscheidungen führen (können), zu schließen. Gelänge dieses, böten sich sicherlich auch weitere Erklärungsansätze für die aufgefunden Befunden an, die letztlich für Deutschland eher weniger Responsivität und eine starke Führungskomponente belegen (Brettschneider 1996:125).

Komponenten eines komplexen Responsivitätskonzeptes

Ein Versuch zu einer komplexeren, aber dennoch empiriefähigen Konzeption von Responsivität zu gelangen, wurde von Eulau und Karps (1977) vorgelegt. Von der auf empirischen Studien basierenden Prämisse ausgehend, daß den Bürgern klare Vorstellungen über politische Zielvorstellungen fehlen, und somit die politischen Präferenzen der Repräsentierten nicht die alleinige Grundlage für die Responsivität der Repräsentanten sein können, konstatieren Eulau und Karps eine Asymmetrie des Repräsentationsprozesses zugunsten der Repräsentanten. Diese impliziert, daß wir zur Konzeptualisierung von Responsivität stärker auf die Abgeordneten schauen müssen. Als ein Konzept jenseits einer eindimensionalen Konzentration auf Einstellungskongruenzen schlagen Eulau und Karps vier ‚*Components of Responsiveness*‘ vor: ergänzend zur ‚*policy responsiveness*‘ sind dies ‚*service responsiveness*‘, ‚*allocation responsiveness*‘ und ‚*symbolic responsiveness*‘ (Eulau/Karps 1977:241). Unter *service responsiveness* kann der Wahlkreisservice der Abgeordneten im Hinblick auf die Vertretung bestimmter lokaler sozialer Gruppen und Individuen subsumiert werden; *Allocation responsiveness* steht für konkrete Dienstleistung für den Wahlkreis, um diesem bestimmte Vorteile (‚*pork-barrel exchanges*‘) zu sichern; Die *symbolic responsiveness* schließlich sucht nach der Schaffung von Vertrauen und Unterstützung durch bestimmte öffentliche Gesten (Eulau/Karps 1977:241-247).

Gegenüber vielen recht diffusen Konzeptionen politischer Responsivität stellt der komplexe Ansatz von Eulau/Karps insofern eine Verbesserung dar, als er erstens Responsivität als multidimensionales Konzept versteht, in welchem alle Elemente zusammen genommen erst eine sinnvolle Analyse ermöglichen, und zweitens dieses umfassende Konzept von Responsivität einer empirischen Prüfung näherbringt. Freilich ist dieses Konzept nicht so einfach auf die westeuropäischen Systeme applizierbar, was sich schon aus der in vielen Ländern unserer Studie gänzlich diametralen Bedeutung der Wahlkreise für politische Repräsentation ergibt. Insofern erfordert das von Eulau und Karps entwickelte Konzept eine theoretische Weiterentwicklung, um auch in diesen Systemen eine sinnvoll Untersuchung komplexer Responsivität zu ermöglichen.

Die Prozeßebene und die Produktebene politischer Responsivität

Bevor diese Komponenten politischer Responsivität sowie ein Vorschlag zu deren empirischer Umsetzung erarbeitet werden, scheint ein weitere analytische Zergliederung von Responsivität sinnvoll. Responsivität kann als zweidimensionales Phänomen konzipiert werden, denn zum einen besteht Responsivität letztendlich (aber nicht ausschließlich) aus einem Produkt, nämlich der Übereinstimmung von Bürgerinteressen und politischem Handeln; zum anderen hat Responsivität aber auch eine prozessuale Dimension, die den Weg zum Produkt der Kongruenz von Bürgerpräferenzen und Regierungshandeln beschreibt. Responsivität als Produkt kann dabei unterschiedliche Formen annehmen, die allesamt in der bisherigen Responsivitätsforschung bereits Verwendung fanden: responsiv können die Einstellungen der Entscheidungsträger, Parlamentarier und Regierungsmitglieder, sein, aber auch die Entscheidungen selbst, die durch Outputs in Form von legislativen Entscheidungen, aber auch durch Outcomes in Form konkreter politischer Maßnahmen vorliegen können.

Responsivität als Prozeß, die eigentlich bedeutsamere Dimension, weil sie Responsivität nicht nur feststellen, sondern das Zustandekommen der ‚Responsivitätsprodukte‘ (Einstellungskongruenzen, Outputs und Outcomes) erklären kann, läßt sich ebenfalls weiter unterteilen. Rekurrierend auf *service responsiveness* und *symbolic responsiveness*, können im Hinblick auf unsere Studie zwei Elemente der prozessualen Dimension von Responsivität ausgemacht werden: einerseits die Kommunikation mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Individuen, andererseits die Berücksichtigung der Meinungen von bestimmten Gruppen bei der Entscheidungsfindung durch die Abgeordneten. Responsivität als Prozeß gesellschaftlicher Kommunikation besteht für die Parlamentarier zum einen in der

Informationsaufnahme und -verarbeitung durch mannigfache Kontakte, zum anderen setzt hier aber auch die Meinungsbildung durch die Parlamentarier an, womit unser multiples Responsivitätskonzept auch Elemente politischer Führung, die letztlich auf die Verantwortlichkeit der Repräsentanten zurückgehen, einzubeziehen vermag. Die Responsivität gegenüber gesellschaftlichen Gruppen geht über die von Eulau und Karpis vorgeschlagenen *service responsiveness* hinaus, indem sie nicht nur nach der Vertretung von Wahlkreisinteressen, sondern allgemein danach fragt, welche sozialen Gruppen und Individuen bei der Entscheidungsfindung durch die Abgeordneten berücksichtigt werden.

Die Beziehungen in diesem komplexen Konzept von Responsivität sind ebenfalls komplex, ein einfaches Kausalmodell wäre zwar denkbar: Kommunikation in Form gesellschaftlicher Kontakte führt zur Einbeziehung der Meinungen und Interessen bestimmter sozialer Gruppen, diese wiederum findet ihren Niederschlag in den Einstellungen der Parlamentarier, was letztlich in entsprechenden Outputs und Outcomes resultiert. Doch scheinen die diversen Wechselbeziehung vielschichtiger und weniger ‚linear‘ zu sein, weshalb hier sicherlich noch weiterer Forschungsbedarf zur Klärung dieser responsivitätstheoretischen Probleme gesehen werden kann, was jedoch nicht Ziel dieser Untersuchung ist.

Konsequenzen für die empirische Analyse

Im Vordergrund stehen hier die Auswirkungen von Rollenorientierungen auf die Responsivität der Abgeordneten, die in den folgenden drei Abschnitten durch drei uns zur Verfügung stehende Indikatoren untersucht werden sollen: auf der Prozeßebene sind dies Kontakt- und Gruppen-Responsivität, auf der Produktebene kann die *policy responsiveness* der Abgeordneten herangezogen werden.

Der Anspruch der Analyse wird dabei kein umfassender sein, da wir aufgrund des hier verwendete Untersuchungsdesigns nicht in der Lage sind, alle zentralen Auswirkungen detailliert nachzuzeichnen. Vielmehr wird die Analyse einen stark explorativen Charakter haben, es soll vorrangig gezeigt werden, daß von Rollenorientierungen eine Auswirkung auf das Verhalten und die Dispositionen der Abgeordneten ausgeht. Gelänge dieses, läge zumindest dem Ansatz nach, wie von Jewell (1985) gefordert, ein wichtiges Ergebnis für die weitere Anwendung des Rollenansatzes in der Repräsentationsforschung vor.

Da in vielen Studien gezeigt werden konnte, daß von der Style-Dimension nur marginale Auswirkungen auf das Abgeordnetenverhalten ausgingen, wird sich die folgende Untersuchung gänzlich auf die Analyse der Focus-Dimension der Repräsentationsrolle konzentrieren.

5.3. Responsivität als Prozeß politischer Kommunikation

Responsivität ist, wie oben bereits ausgeführt wurde, nicht nur die Übereinstimmung der politischen Präferenzen der Bürger mit den Entscheidung der Regierung, sondern vielmehr ein vielschichtiger Prozeß. Ein wichtiges Element innerhalb dieses Prozesses, der letztendlich zu responsiven Einstellungen der Repräsentanten, Entscheidungen der Regierung und entsprechende Outcomes für die Bürger führt, bzw. führen kann, sind sicherlich Wahlen. Allerdings gibt es weitere bedeutsame Elemente, wozu, das asymmetrisch Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten zugrunde gelegt, das Kommunikationsverhalten der Parlamentarier sowie deren Berücksichtigung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen gezählt werden können.

Das Kommunikationsverhalten der Parlamentarier ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren politischer Repräsentation. Es verhilft diesen einerseits zu genauerer Kenntnis der Repräsentierten, ihrer politischen Einstellungen, Meinungen und Werthaltungen. Insoweit ist Kommunikation auch ein Bestandteil der Informationsaufnahme der Abgeordneten. Andererseits muß aber angenommen werden, daß die Kommunikation in beide Richtungen verläuft, denn sicherlich wäre es naiv, anzunehmen, daß Repräsentanten ein einfacher Transmissionsmechanismus zur Erkennung und Übermittlung der Bevölkerungswünsche sind. Gleichmaßen darf angenommen werden, daß durch die Parlamentarier eine Prägung der Einstellungen in der Bevölkerung stattfindet, die natürlich, vermittelt durch eine Spitzenposition und die Verstärkung durch Massenmedien, eine ganz erhebliche Stärke erreichen kann.

Zwar kann politische Repräsentation nicht ausschließlich durch Prozesse politischer Kommunikation erklärt werden, doch ist ein Repräsentationsmodell, welches das Kommunikationsverhalten der Repräsentanten außer Acht läßt, sicherlich nicht hinreichend komplex. Kommunikation allein stellt zwar noch nicht die Erzielung responsiver Outputs und Outcomes sicher, ist aber eine zentrale Voraussetzung dafür, daß vielerlei Interessen der Bürger Eingang in den politisch-parlamentarischen Prozeß finden (Weßels 1993:104).

Welche Auswirkungen können nun unsere Ausprägungen der Repräsentationsrolle auf das Kommunikationsverhalten der Parlamentarier haben? Generell kann vermutet werden, daß Abgeordnete je nach Rollen-Focus ein unterschiedliches, spezifisches Kommunikationsverhalten aufweisen. Konkrete Hypothesen zur Konsequenz der Rollenorientierungen können in erster Linie im Hinblick auf die Intensität des Kommunikationsverhaltens spezifiziert werden. Ihre Generierung erfolgt anhand der spezifischen Bezugsgruppen des Rollen-Focus, der auf die Nation als Ganzes, die Partei,

den Wahlkreis oder bestimmte Interessengruppen abstellt. Für diejenigen Abgeordneten, die sich vorrangig als Vertreter ihres Wahlkreises verstehen, kann vermutet werden, daß sie über sehr häufige Kontakte zum Wahlkreis, d.h. zu den Bürgern des Wahlkreises bzw. zu Bürgern generell verfügen, während sie, zumindest relativ, seltener in Kontakt zu ihrer Partei oder gesellschaftlichen Interessengruppen stehen. Ein Partei-Vertreter hingegen wird häufiger in Kontakt mit Parteiorganisationen stehen und (relativ) seltener mit den Bürgern oder bestimmten Interessengruppen kommunizieren. Vom Interessengruppen-Vertreter kann angenommen werden, daß er von allen Typen über die ausgeprägtesten Kontakte zu Interessengruppen verfügt, während die Kommunikation mit Bürgern und der Parteiorganisation eher unterdurchschnittlich ausfällt. Der Nation-Vertreter schließlich ist in seinem Kommunikationsverhalten nicht so eindeutig zu definieren, da seine Bezugsgruppe, die gesamte Nation, eine recht diffuse ist. Ex negativum kann vermutet werden, daß er die geringsten Kontakte zu Parteiorganisationen und zu gesellschaftlichen Interessengruppen aufweist, hingegen eher häufiger mit den Bürgern kommuniziert. Als Vertreter der ganzen Nation kommt allerdings auch die Regierung als Adressat des Kommunikationsverhaltens in Betracht, da das Wohl des gesamten Landes sicherlich entscheidend von der Arbeit der Regierung abhängig ist, und sich somit hier ein relevantes Betätigungsfeld für den Nation-Vertreter findet.

Die zur Prüfung der oben dargestellten Annahmen notwendige Operationalisierung des Kommunikationsverhaltens stellt uns nun vor einige methodische Probleme, da politische Kommunikation ein vielschichtiger Prozeß ist, der kaum vollständig nachgebildet werden kann. So konnte das Kommunikationsverhalten der Parlamentarier aufgrund des komparativen Ansatzes mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht direkt gemessen oder beobachtet werden. Statt dessen soll hier als Ersatzmaß das von den befragten Parlamentarier berichtete Kommunikationsverhalten herangezogen werden. In unserer Studie wurden die Abgeordneten gefragt, mit wem, d.h. mit welchen gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen und Personen sie wie häufig in Kontakt stehen. Die Häufigkeit der Kontakte wurde kategorial abgebildet, die erfragten Häufigkeiten der Kontakte waren: „mindestens einmal in der Woche“, „mindestens einmal im Monat“, „mindestens alle drei Monate“, „mindestens einmal im Jahr“, „seltener“ und „nie“. Aus den in diesem Frageformat verwendeten Gruppen, Institutionen und Personen wurden die vier in der Entwicklung der Hypothesen genannten ausgewählt, nämlich: „Bürger“, die Parteiorganisation, operationalisiert durch die „Vorstandsmitglieder der Partei“, „Organisierte Gruppen“ und die Exekutive, vermittelt durch „Minister“ der nationalen Ebene.

Zur empirischen Prüfung, welcher Zusammenhang zwischen der Repräsentationsrolle und der Kontakthäufigkeit besteht, wurde eine Dichotomisierung der Variablen vorgenommen, die häufige, mindestens wöchentlich stattfindende Kommunikation von selteneren Kontakten unterscheidet, wie in Tabelle 5.1 dargestellt. Es zeigt sich dabei, daß Gemeinsamkeiten unter allen Rollenorientierungen hinsichtlich des grundlegenden Musters der Kontakte bestehen, aber auch erhebliche Unterschiede in den Intensitäten dieser Kontakte zutage treten.

Unter allen Rollenorientierungen findet sich innerhalb der dargestellten vier Gruppen und Organisationen die größte Häufigkeit bei den Kontakten zu den Bürgern, was kaum überraschend ist, da für alle Parlamentarier der Bürger als Souverän sicherlich ein bedeutsamer Bezugspunkt sein sollte. Zwischen den Rollenorientierungen existieren allerdings gravierende Unterschiede. Während von den Interessengruppen- und Wahlkreis-Vertretern mehr als 90 Prozent, bei den Nation-Vertretern immerhin knapp 86 Prozent der Befragten wöchentliche Kontakte zu den Bürgern aufweisen, ist diese Häufigkeit bei den Partei-Vertretern mit ca. 57 Prozent deutlich geringer, was durchaus mit unseren Erwartungen in Einklang steht.

Tabelle 5.1: Focus-Dimension der Repräsentationsrolle und Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen (mindestens wöchentlicher Kontakt, in Prozent)

Kontakt-Responsivität	Rollen-Focus				Gesamt
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Bürger	86,1	56,9	91,5	95,1	78,0
Parteiorganisation	60,8	50,5	39,7	52,4	52,7
Organisierte Interessen	40,8	36,1	41,4	47,6	39,8
Exekutive	42,4	37,1	36,2	35,7	39,0
N (min)	228	259	119	46	652

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.
Quelle: European Representation Study.

An zweiter Stelle der Kontakthäufigkeit steht bei drei der vier Typen die Kommunikation mit der Parteiorganisation, lediglich beim Wahlkreis-Vertreter existieren geringfügig häufigere Kontakte zu organisierten Interessen als zur eigenen Partei. Überraschenderweise weist nicht der Partei-Vertreter die häufigsten Kontakte zur Parteiorganisation auf, sondern der Nation-Vertreter. Allerdings muß hierbei die generelle Kontakthäufigkeit beachtet werden, die beim Partei-Vertreter deutlich niedriger ist als bei

allen anderen Ausprägungen der Repräsentationsrolle. Dieses kommt auch durch die Differenz der Kontakthäufigkeiten zum Ausdruck: während beim Nation-Vertreter die Differenz von der Gruppe mit den häufigsten Kontakten, den Bürgern, zur nächsthäufigeren Gruppe bzw. Organisation, der Partei, ungefähr 25 Prozentpunkte beträgt, beim Wahlkreis- und Interessengruppen-Vertreter gar über 40 Prozentpunkte, sind dies beim Partei-Vertreter ganze 5 Prozentpunkte. Dieses spricht dafür, daß die Kommunikation mit der Partei für den Partei-Vertreter im Vergleich zu allen anderen Rollenorientierungen relativ wichtiger ist. Es gilt auch zu beachten, daß nur Kontakte zur Parteiorganisation auf der nationalen Ebene erfragt wurden. Es läßt sich aber begründet vermuten, daß für den Partei-Vertreter die Kontakte zum Parteiapparat auf der lokalen und regionalen Ebene sicherlich nicht unbedeutender ist.

An dritter und vierter Stelle der generellen Häufigkeit der Kontakte stehen organisierte Interessen sowie die Exekutive. Wie erwartet, weist der Interessengruppen-Vertreter die häufigsten Kontakte zu organisierten Interessen und der Nation-Vertreter die häufigsten Kontakte zur Exekutive auf. Auch hier liegt also eine deutliche Bestätigung der Richtung des vermuteten Zusammenhanges vor.

Die Betrachtung der Kontaktmuster derjenigen Abgeordneten, deren Verständnis ihrer Repräsentationsrolle durch mehrere, gleichzeitig eingenommene Foci geprägt ist (siehe die im Anhang wiedergegebene Tabelle), kann das aus der Betrachtung der eindeutigen Rollenorientierung gewonnene Bild bestätigen, wobei hier einmal mehr deutlich wird, daß der Partei-Focus bei den multiplen Rollenverständnissen stark durchschlägt. So verfügt der Nation-Partei-Vertreter über deutlich häufigere Kontakte zur eigenen Partei als der Nation-Wahlkreis-Vertreter, während letzterer überdurchschnittlich häufiger zu den Bürgern in Kontakt steht.

Zwar entspricht die Richtung des aus Tabelle 5.1 abgeleiteten Zusammenhanges unseren Vermutungen, doch ist damit noch nichts über die statistische Beziehung zwischen der Repräsentationsrolle und den gesellschaftlichen Kontakten auf der Individualebene gesagt. Auch wenn diese Beziehung nicht allzu groß ist, was sich in Eta-Werten¹⁰⁰ von .06 (Organisierte Interessen, Exekutive), bzw. .16 (Partei-Organisation) und .37 (Bürger) ausdrückt, so muß doch immerhin ein Zusammenhang konstatiert werden, der gerade für die Kontakte zu den Bürgern als eindeutiger Beleg für die Wirksamkeit der Repräsentationsrolle gewertet werden muß.

¹⁰⁰ Zur hier vorgenommenen Metrisierung einer nominalskalierten Variablen vgl. Küchler (1979:158).

Eine Einschätzung des Effektes kann jedoch erst dann einige Zuverlässigkeit beanspruchen, wenn die Auswirkung der Repräsentationsrolle auf das Kontaktverhalten auch unter Kontrolle anderer Variablen, d.h. alternativer Erklärungsmodelle, getestet wird. Beispielsweise könnte vermutet werden, daß unterschiedliche Kontaktmuster der Abgeordneten aus unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen bzw. variierenden Parteitraditionen resultieren. So ließe sich ad hoc vermuten, daß linke Abgeordneten bzw. Parteien relativ häufiger in Kontakt zur Parteiorganisation stehen, während bürgerliche Parlamentarier die Kontakte zu den Bürgern betonen. Ohne die hier angedeuteten Begründungszusammenhänge weiter auszuführen, soll hier als Test der Bedeutung des Rollenverständnisses der Parlamentarier eine Einbeziehung der Parteizugehörigkeit als Kontrollvariable und alternativer Erklärungsansatz erfolgen. Beide Erklärungsansätze, Repräsentationsrolle und Parteizugehörigkeit, wurden in ein varianzanalytisches Modell integriert, wie in Tabelle 5.2 dargestellt.

Vergleichen wir innerhalb des ANOVA-Modells die unkontrollierter bivariaten Effekte von Rollenverständnis und Parteizugehörigkeit, so kann für die Kontakte zu Bürgern eine erheblich größere Erklärungskraft für die Repräsentationsrolle festgestellt werden, während die Parteizugehörigkeit die Kontakte zur Regierung besser erklärt¹⁰¹. Die bivariaten Effekte auf das Kontaktverhalten zu Parteiorganisation und Interessengruppen sind in etwa gleich groß und bleiben auch nach der Kontrolle für die jeweils andere unabhängige Variable bestehen. Der Effekt der Rollenorientierungen auf die Kontakte zu den Bürgern bleibt, nach Kontrolle durch die Parteizugehörigkeit, ebenfalls sehr groß, während die kontrollierte Erklärungskraft der Parteizugehörigkeit auf die Bürgerkontakte etwas stärker zurückgeht.

Somit hält der bivariaten Zusammenhang von Repräsentationsrolle und dem Kontaktverhalten der Parlamentarier einer Kontrolle durch konkurrierende (bzw. ergänzende) Erklärungsvariablen stand. Die Hypothese, daß Rollenorientierungen einen Einfluß auf die Kontakte der Parlamentarier zu gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen haben, kann zumindest nicht zurückgewiesen werden.

¹⁰¹ Zum ANOVA-Modell muß angemerkt werden, daß die Mittelwerte sowie die bivariaten Effekte leicht von den in Tabelle 5.1 dargestellten Werten abweichen, da hier aufgrund des multivariaten Designs weniger Fälle in die Analyse eingegangen sind. Die Abweichungen sind jedoch marginal.

Tabelle 5.2: Vergleich der Erklärungskraft von Repräsentationsrolle und Parteizugehörigkeit für das Kontaktverhalten (ANOVA-Modell)

	Gesellschaftliche Kontakte (mindestens wöchentlich)							
	Bürger		Partei- organisation		Organisierte Interessen		Exekutive	
	unkon. Effekt	kontr. Effekt	unkon. Effekt	kontr. Effekt	unkon. Effekt	kontr. Effekt	unkon. Effekt	kontr. Effekt
Grand Mean	0,77		0,51		0,40		0,39	
Rollen-Focus								
Nation	0,09	0,07	0,09	0,08	0,00	0,00	0,03	0,01
Partei	-0,25	-0,22	-0,03	0,00	-0,03	-0,03	-0,03	0,01
Wahlkreis	0,15	0,13	-0,13	-0,16	0,02	0,02	-0,02	-0,04
Gruppe	0,22	0,24	-0,02	0,01	0,08	0,09	0,00	0,03
Eta	0,42		0,17		0,06		0,06	
Beta	0,38		0,17		0,06		0,05	
Sign.	0,00		0,00		0,60		0,78	
Parteizugehörigkeit								
Radikale Linke (GUE)	-0,26	-0,27	-0,24	-0,23	-0,15	-0,16	-0,33	-0,34
Sozialdemokraten (PSE)	-0,14	-0,09	-0,11	-0,11	-0,01	-0,01	-0,06	-0,06
Grüne (V)	-0,18	-0,10	-0,21	-0,22	-0,04	-0,03	-0,21	-0,21
Liberalen (ELDR)	0,06	0,06	0,14	0,14	0,04	0,04	-0,01	-0,01
Christdemokraten (PPE)	0,06	0,04	0,04	0,02	0,01	0,01	0,06	0,05
Konservative (UPE)	0,13	0,06	0,05	0,07	-0,01	-0,02	0,10	0,11
Eta	0,26		0,21		0,06		0,18	
Beta	0,18		0,21		0,07		0,18	
Sign.	0,00		0,00		0,80		0,00	
R-Quadrat	0,21		0,07		0,01		0,03	
N	552		552		552		552	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.
Quelle: European Representation Study.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß die Ergebnisse der empirischen Analyse auf eine Bestätigung des vermuteten Zusammenhangs hindeuten: unterschiedliche Rollenorientierungen weisen ein je unterschiedliches Kommunikationsverhalten auf. Zwar unterscheiden sich die grundlegenden Kommunikationsmuster der befragten Parlamentarier nicht so stark, die Rangordnung der Kontakte ist recht ähnlich, was freilich auch plausibel ist, da die Abgeordnetentätigkeit schließlich bei allen Parlamentariern grundsätzliche, strukturelle Gemeinsamkeiten aufweist. Doch bestehen in der Intensität dieses Kontaktmusters je nach Rollen-Focus erhebliche Unterschiede. Während bei Nation- und Wahlkreis-Vertreter ein häufigerer Kontakt zu den Bürgern festgestellt werden konnte, steht bei Partei-Vertreter, zumindest relativ, der Kontakt zur

eigenen Partei, bei Interessengruppen-Vertretern der Kontakt zu organisierten Interessen stärker im Vordergrund.

Somit geht von Rollenorientierungen eine Auswirkung auf das Kontaktverhalten der Parlamentarier aus, womit ein erster Beleg dafür vorliegt, daß es sich beim Konzept der Repräsentationsrolle um einen implikationsreichen Ansatz handelt. Weitere Studien scheinen hier jedoch unerlässlich, zumal das Kontaktverhalten nur recht grob erfaßt werden konnte. Insbesondere die Wirkung von Rollenorientierungen auf die Kommunikation im Wahlkreis scheint hier vielversprechend, wie die Studien von Richard Fenno für die USA zeigen konnten (Fenno 1978; 1979).

5.4. Responsivität gegenüber gesellschaftlichen Gruppen

Ist die Auswirkung von Rollenorientierungen auf die Kontakt-Responsivität bereits ein erster Beleg für die Wirksamkeit des Rollenkonzeptes, so fragt sich natürlich, ob diese zu einer weiteren Aggregation in der „Responsivitäts-Pyramide“ führt, d.h. ob die Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen auch dazu führen, daß die Interessen dieser Gruppen verstärkt durch die Abgeordneten in den parlamentarischen Prozeß eingebracht werden. Sicherlich ist auch die Responsivität gegenüber gesellschaftlichen Gruppen noch keine hinreichende Bedingung für responsive Outputs und Outcomes des politischen Systems, doch muß sie als eine zentrale Voraussetzung dafür betrachtet werden. Erst wenn die Präferenzen der Bürger in den parlamentarischen Prozeß Eingang gefunden haben, kann es zu responsiven Entscheidungen und Maßnahmen kommen.

Auch für die Ermittlung der Responsivität der Parlamentarier gegenüber gesellschaftlichen Gruppen kann nicht auf beobachtetes Verhalten, sondern nur auf ‚berichtetes Verhalten‘ abgestellt werden. In unserer Studie wurde zur Ermittlung der Gruppen-Responsivität folgendes Frageinstrument verwendet:

„Inwieweit berücksichtigen Sie die Meinung jeder der im folgenden genannten Gruppen, wenn Sie politische Entscheidungen treffen?“

Die hier relevanten gesellschaftlichen Gruppen sind die gleichen wie bei der ‚Kontakt-Responsivität‘: Bürger, die Parteioorganisation, organisierte Interessen sowie die Exekutive. Sie wurden von den Befragten mittels einer siebenfach abgestuften Skala bewertet, wobei der Wert 1 für „sehr viel“ und der Wert 7 für „sehr wenig“ Berücksichtigung steht.

Das verwendete Set an Hypothese muß ebenfalls mit den oben beschriebenen Annahmen übereinstimmen, wenn wir davon ausgehen, daß sich die in gesellschaftlichen

Kontakten zum Ausdruck kommende Responsivität in der Berücksichtigung dieser Gruppen bei politischen Entscheidungen fortsetzt. Deshalb bedürfen die Hypothese kaum mehr der ausführlichen Entwicklung und sollen hier nur noch einmal kurz wiedergegeben werden: vom Wahlkreis-Vertreter kann vermutet werden, daß er in stärkerem Maße die Bürger und weniger die Parteiorganisation berücksichtigt; der Partei-Vertreter hingegen wird eher die Parteiorganisation denn die Bürger, organisierte Interessen oder die Exekutive vertreten. Der Interessengruppen-Vertreter sollte eine größere Responsivität zu den organisierten Interessen aufweisen, während wir beim Nation-Vertreter eine stärkere Berücksichtigung der Bürger sowie der Exekutive vermuten können.

Zur empirischen Prüfung der Frage, ob die untersuchten Gruppen von den Abgeordneten eine entscheidende Berücksichtigung bei politischen Entscheidungen finden, wurden die Werte 1 und 2 der 7er-Skala zusammengefaßt. Tabelle 5.3 gibt die Verteilung der untersuchten Gruppen, die eine sehr starke Berücksichtigung bei den Entscheidungen der Parlamentarier finden, nach den Ausprägungen des Rollen-Focus wieder

Tabelle 5.3: Focus-Dimension der Repräsentationsrolle und die Berücksichtigung gesellschaftlicher Gruppen (in Prozent)

Gruppen-Responsivität	Rollen-Focus				Gesamt
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Bürger	58,1	54,3	73,9	53,7	59,7
Parteiorganisation	57,4	70,1	66,1	41,5	62,3
Organisierte Interessen	27,8	35,8	36,5	52,5	33,9
Exekutive	34,5	25,9	36,3	26,8	31,4
N (min)	215	249	115	45	624

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Die gemachten Annahmen können durch die empirische Verteilung weitgehend bestätigt werden: mit fast 74 Prozent ist die Responsivität der Wahlkreis-Vertreter gegenüber den Bürgern deutlich überdurchschnittlich; die Parteiorganisation findet hingegen die größte Berücksichtigung bei den Partei-Vertretern, von denen ca. 70 Prozent eine sehr große Responsivität aufweisen; gegenüber den organisierten Interessen besteht die größte Responsivität bei den Interessengruppen-Vertretern (ca. 53 Prozent). Lediglich

bei der Berücksichtigung der Exekutive, die allerdings von allen betrachteten Gruppen die geringste Bedeutung hat, kann kein klarer Nachweis der Hypothese festgestellt werden, denn hier ist es nicht, wie vermutet, der Nation-Vertreter, der die größte Responsivität aufweist, sondern der Wahlkreis-Vertreter, wobei die Differenzen zwischen beiden nur marginal sind.

Die Betrachtung der multiplen Rollenorientierungen fördert, wie aus der im Anhang wiedergegebenen Tabelle ersichtlich ist, zwei weitere Erkenntnisse zutage: erstens ist es hier ein weiteres Mal der Partei-Focus, der in aus zwei Foci bestehenden Rollenverbindungen den Ausschlag gibt, wobei der Wahlkreis-Partei-Vertreter noch responsiver gegenüber der Parteiorganisation ist als der Partei-Vertreter, ein Umstand, der uns erneut darauf hinweist, daß Partei auch auf der lokalen und regionalen Ebene von erheblicher Bedeutung zu sein scheint. Und zweitens weisen die Parlamentarier mit einem aus drei Foci bestehenden Rollenverständnis für alle einbezogenen Gruppen eine leicht überdurchschnittlich Responsivität auf, was dafür spricht, daß dieser Typus durch eine außerordentlich starke Vernetzung mit einer sehr großen Anzahl von gesellschaftlichen Akteuren besitzt.

Kann aus der in Tabelle 5.3 dargestellten empirischen Verteilung auf eine Bestätigung für die Richtung des von uns vermuteten Zusammenhanges geschlossen werden, so ist die statistische Beziehung zwischen Gruppen-Responsivität und Repräsentationsrolle recht gering (vgl. Tabelle 5.4), was dafür spricht, daß es nicht ausschließlich das Rollenverständnis der Mandatäre ist, welches die Berücksichtigung gesellschaftlicher Gruppen beeinflusst. Auch hier soll deshalb, wie bereits im vorangegangenen Abschnitt, der Einfluß der Repräsentationsrolle unter Kontrolle einer alternativen Erklärungsvariable, der Parteizugehörigkeit, getestet werden.

Aus Tabelle 5.4 ergibt sich für den Vergleich der Erklärungsstärke von Parteizugehörigkeit und Repräsentationsrolle ein ambivalentes Bild: während die bivariaten Effekte auf eine größere Erklärungskraft des Rollen-Focus für die Responsivität zu Bürgern und der Parteiorganisation hinweist, scheint die Parteizugehörigkeit die Berücksichtigung von organisierten Interessen und Exekutive besser erklären zu können. Die kontrollierten Effekte bleiben dabei relativ stabil, womit wir also von der Wirksamkeit beider unabhängiger Variablen ausgehen müssen. Allerdings ist die Responsivität zu Bürgern und Parteiorganisationen für alle befragten Abgeordneten deutlich wichtiger als die Responsivität zu organisierten Interessen und der Exekutive. Somit kann, zurückhaltend formuliert, der Parteizugehörigkeit keine größere Erklärungskraft für die Gruppen-Responsivität zugesprochen werden als den Ausprägungen der Repräsentationsrolle. Die Annahme einer eigenständigen Auswirkung

der Repräsentationsrolle auf die Responsivität zu gesellschaftlichen Gruppen scheint somit nach wie vor auch dann gerechtfertigt, wenn wir für eine weitere Variable, der üblicherweise eine große Erklärungskraft auf die Dispositionen und das Verhalten von Abgeordneten zugesprochen wird, kontrollieren.

Zudem kann auch die Varianzanalyse die zuvor beschriebene Auswirkung des Rollen-Focus für die Gruppen-Responsivität bestätigen: Der Wahlkreis-Vertreter zeigt eine stark überproportionale Responsivität gegenüber den Bürgern, der Partei-Vertreter erweist sich dagegen besonders responsiven gegenüber der Partei-Organisation, und der Interessengruppen-Vertreter ist am responsivsten gegenüber organisierten Interessen.

Tabelle 5.4: Vergleich der Erklärungskraft von Repräsentationsrolle und Parteizugehörigkeit für die Gruppen-Responsivität (ANOVA-Modell)

	Berücksichtigung von Gruppen							
	Bürger		Partei-organisation		Organisierte Interessen		Exekutive	
	unkon. Effekt	kontr. Effekt	unkon. Effekt	kontr. Effekt	unkon. Effekt	kontr. Effekt	unkon. Effekt	kontr. Effekt
Grand Mean	0,59		0,63		0,31		0,33	
Rollen-Focus								
Nation	0,02	0,02	-0,04	-0,05	-0,06	-0,05	0,02	0,01
Partei	-0,09	-0,08	0,08	0,09	0,01	-0,01	-0,05	-0,04
Wahlkreis	0,15	0,13	0,05	0,05	0,05	0,06	0,05	0,06
Gruppe	-0,12	-0,12	-0,28	-0,28	0,14	0,12	-0,04	-0,03
Eta	0,18		0,19		0,13		0,08	
Beta	0,17		0,20		0,11		0,08	
Sign.	0,00		0,00		0,11		0,40	
Parteizugehörigkeit								
Radikale Linke (GUE)	0,17	0,20	-0,06	-0,03	0,36	0,33	-0,33	-0,32
Sozialdemokraten (PSE)	-0,04	-0,02	-0,03	-0,06	0,04	0,03	0,01	0,02
Grüne (V)	-0,13	-0,08	-0,11	-0,13	0,15	0,15	-0,21	-0,19
Liberale (ELDR)	0,05	0,04	0,11	0,10	-0,03	-0,03	-0,09	-0,09
Christdemokraten (PPE)	-0,03	-0,03	-0,01	0,01	-0,06	-0,05	0,08	0,08
Konservative (UPE)	0,09	0,04	0,00	0,00	0,00	-0,01	0,02	0,00
Eta	0,12		0,11		0,16		0,18	
Beta	0,09		0,12		0,15		0,18	
Sign.	0,46		0,21		0,05		0,01	
R-Quadrat	0,04		0,05		0,04		0,04	
N	526		526		526		526	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.
Quelle: European Representation Study.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß von unterschiedlichen Ausprägungen des Rollen-Focus auch ein Auswirkung auf die Responsivität der Abgeordneten zu gesellschaftlichen Gruppen ausgeht. Es liegt also ein weiterer Beleg für die Wirkmächtigkeit des Rollenansatzes vor.

5.5. Responsivität durch Policy Kongruenzen

Als notwendige Elemente innerhalb des Prozesses, der responsive Entscheidungen der Repräsentanten gegenüber den Wünschen der Repräsentierten ermöglichen soll, wurden gesellschaftliche Kontakte zu Bürgern, sozialen Gruppen und Institutionen sowie deren Berücksichtigung bei der politischen Entscheidungsfindung identifiziert. Damit sind zwar zwei wichtige Voraussetzungen für responsive Outputs und Outcomes benannt, doch bleibt der Prozeß, der letztendlich demokratische Repräsentation gewährleisten soll, solange unvollständige, wie nicht Positionen zu politischen Sachfragen einbezogen werden. Auf der Ebene der Repräsentation durch Rollenorientierungen von Abgeordneten ist also der nächste Schritt innerhalb des hierarchisch abgestuften Responsivitätspyramide die Frage, ob und in wie weit Kontakt- und Gruppen-Responsivität zu einer Übereinstimmung in politischen Sachfragen führen. Die zentrale Frage dieses Abschnittes lautet also: Haben Rollenorientierungen einen Einfluß auf Policy-Kongruenzen?

Seit der bahnbrechenden Studie von Miller und Stokes (1963) stellt die Frage nach den Policy-Kongruenzen ein reichhaltiges Betätigungsfeld der empirisch orientierten Repräsentationsforschung dar. Auf der Mikro-Ebene scheint unmittelbar plausibel, daß in demokratischen politischen Systemen die Präferenzen der Repräsentanten durch die Repräsentanten aufgenommen werden müssen, was in einer letzter Konsequenz zur Notwendigkeit einer gewissen Übereinstimmung in politischen Sachfragen mündet. Auf der Makro-Ebene stellt sich die Frage, welche politischen Systeme eine bessere Übereinstimmung der Meinungen von Repräsentanten und Repräsentierten gewährleisten können (vgl. Huber/Powell 1994). Ungeachtet der Tatsache, daß Kongruenzen, wie oben bereits dargelegt, als Ergebnis eines vielschichtigen Prozesses begriffen werden müssen, fällt am Ansatz von Miller und Stokes sowie an nachfolgenden Studien auf, daß die Repräsentationsrolle nicht als Erklärungsvariable für variierende Ausmaß von Kongruenzen herangezogen wurden, sondern daß aus den ermittelten Kongruenzen eine Konstruktion der Repräsentationsrolle vorgenommen wurde (vgl. Schaubild 2.3). Dergestalt kann natürlich keine Überprüfung der Leistungsfähigkeit des Rollenansatzes vorgenommen werden. Die bisherige Forschung hat sich eher auf die Verfeinerung der Meßkonzepte zur Feststellung von Kongruenzen konzentriert (siehe zum Beispiel:

Erikson/Wright/McIver 1989; Herrera/Herrera/Smith 1992). Freilich kann und muß in den Ausprägungen der Repräsentationsrolle auch eine *unabhängige Variable* zur Erklärung von Kongruenzen gesehen werden. Gerade die Berücksichtigung der Repräsentationsrolle als Erklärung der Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung von Politikpositionen ist nicht nur eine zentrale Frage für den *Role Approach*, sondern auch eine Chance, das komplexe und kompositorische Phänomen des Prozesses politischer Repräsentation weiter aufzuklären.

Welche Auswirkung kann nun vom Rollenverständnis auf die Übereinstimmung von Repräsentanten und Repräsentierten in ihren politischen Präferenzen erwartet werden? Anders formuliert, warum sollen bestimmte Rollenorientierungen eine größere Kongruenz zu den Wählerpräferenzen aufweisen als andere? Die Bezugsgruppen für die Policy-Kongruenzen können nur auf den Rollen-Focus zurückgehen, wobei der Interessengruppen-Vertreter eine Problemfall in zweierlei Hinsicht darstellt, da er zum einen nur relativ selten vorkommt, was die quantitative Analyse erschwert, und zum anderen die Repräsentation von bestimmten gesellschaftlichen Interessen eine sehr diffuse Gruppe darstellt, solange wir keine Informationen über die Art und Größe der vertretenen Interessengruppe haben. Aus diesem Grunde soll die Untersuchung auf den Nation-, Partei- und Wahlkreis-Vertreter beschränkt bleiben. Die Generierung der Hypothese liegt auf der Hand: Vom Nation-Vertreter kann angenommen werden, daß er sich als Repräsentant der ganzen Nation am Median-Wähler orientiert, während der Partei-Vertreter die größere Kongruenz zu den politischen Positionen des Partei-Wählers aufweisen sollte. Die erwarteten Kongruenzen des Wahlkreis-Vertreter schließlich können relativ zum Nation- und Partei-Vertreter bestimmt werden: der Partei-Vertreter wird eine höhere Übereinstimmung zum Partei-Wähler als der Wahlkreis-Vertreter aufweisen, und vom Nation-Vertreter kann eine stärkere Kongruenz zum Median-Wähler angenommen werden, so daß der Wahlkreis-Vertreter eine mittlere Position einnimmt.

Ist die Formulierung von Hypothesen hinsichtlich der erwarteten Policy-Kongruenzen unmittelbar einsichtig, so stellt die Messung dieser Hypothesen größere Anforderungen, denn notwendig sind erstens Daten über in allen einbezogenen Ländern vergleichbare politische Sachfragen, die sowohl für die Mitglieder der befragten Parlamente wie auch die Bürger der entsprechenden Länder vorliegen müssen; zweitens muß die Distanz zwischen Abgeordneten und Bürgern bestimmt werden und drittens ist ein geeignetes Meßkonzept zur Prüfung der Hypothesen notwendig.

Im Rahmen der dieser Arbeit zugrunde liegenden Repräsentationsstudie wurden geeignete Daten sowohl für Abgeordnete als auch für Bürger erhoben. Mit einem identischen Befragungsinstrument wurde eine Reihe von Policy Issues abgefragt. Die

Befragung der Wähler wurde im Rahmen der ‚*European Election Study 1994*‘ durchgeführt. Bei den Sachfragen handelt es sich um drei Fragen der zukünftigen Ausgestaltung der Europäischen Union, die auf einer 10er Skala abgefragt wurden, nämlich:

- die Frage, ob die nationalen Währung beibehalten oder eine europäische Währung eingeführt werden sollte;
- die Frage, ob zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorrangig auf die Vollendung des Binnenmarktes oder aber das Auflegen europäischer Arbeitsbeschaffungsprogramme zu setzen ist;
- die Frage, ob die nationalen Grenzen weiter abgebaut oder aber wieder schärfere Grenzkontrollen eingeführt werden sollen.

Die Verwendung europäischer Sachfragen hat den Vorteil, daß stark unterschiedliche Perzeptionen dieser Issues, die auf länderspezifischen Gegebenheiten beruhen, auszuschließen sind. Andererseits weisen diese Issues weit über den europäischen Kontext hinaus, da ihnen auch im nationalstaatlichen Repräsentationsprozeß eine eigenständige und allgemeine Relevanz zukommt. Alle drei Issues können auf allgemein relevante Sachfragen zurückgeführt werden: die Währungsfrage kann auf die generelle Frage der Zustimmung zum Projekt der europäischen Integration bezogen werden; Markt versus staatliche Eingriffe durch Arbeitsbeschaffungsprogramme zielt ab auf die grundsätzliche wirtschaftspolitische Ausrichtung, auf das Grundverhältnis von Politik und Ökonomie; die Frage der nationalen Grenzen schließlich steht für das Themenfeld *Innere Sicherheit*. Insofern decken die drei verwendeten Sachfragen politische Themenbereiche von grundsätzlicher Bedeutung ab und dürfen somit als stellvertretend für eine Universum an unterschiedlichen Policy Issues stehen¹⁰².

Als Maß für die Einstellungskongruenzen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten wurden die absoluten Differenzen der Politikpositionen der befragten Abgeordneten und Bürgern herangezogen, ein seit langem etabliertes und gut dokumentiertes Kongruenzmaß (vgl. z.B. Weßels 1999b). Die Position des Median-

¹⁰² Zur Frage des Charakters dieser drei politischen Sachfragen siehe auch: Schmitt/Thomassen (2000:16), Schmitt/Thomassen 1999 und Thomassen/Schmitt 1999. Die Frage der absoluten Kongruenzen, bzw. Diskongruenzen zwischen Abgeordneten und Bürgern bezüglich dieser Sachfragen sowie deren Erklärung ist hier zweitrangig, da es ausschließlich um die *relative* Nähe bestimmter Rollenorientierungen in Bezug auf Policy-Kongruenzen geht.

Wählers wurde für jedes der elf Länder erzeugt, die Positionen der Partei-Wähler wurden für alle Parteien, die sowohl in der Abgeordnetenstudie als auch in der Wählerstudie vorhanden sind, generiert¹⁰³.

Zur Prüfung der Hypothesen hinsichtlich der Auswirkung des Rollenverständnisses auf die Policy-Kongruenzen wurde nun ein einfaches Trade-Off Modell konstruiert, wie es in Schaubild 5.2 dargestellt ist. Bei diesem Trade-Off Modell handelt es sich um ein eingeführtes Konzept in der Komparatistik, um die Übereinstimmung hinsichtlich politischer Sachfragen zu modellieren (z.B. Weßels 1999a). Ein solches Trade-Off Modell entstand aus der Kritik an den davor häufig benutzten Korrelationsmaßen zur Bestimmung des Ausmaßes der Übereinstimmung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten (Achen 1977, 1978). Das Modell simuliert die Regression der Distanz zum Median-Wähler auf die Distanz zum Partei-Wähler. Der Vergleich der Steigung der Regressionsgeraden der Gleichung:

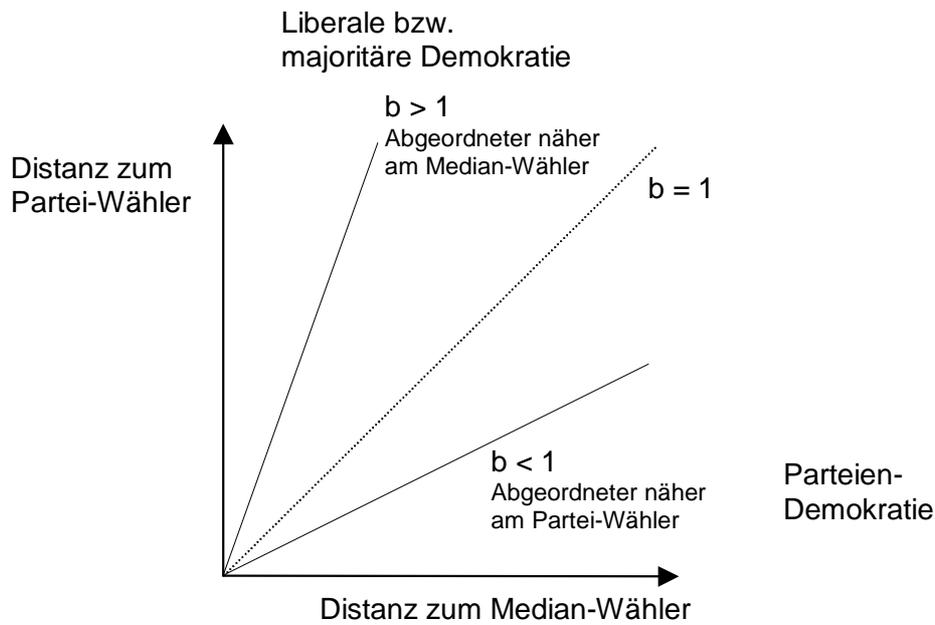
$$[\text{Distanz Partei-Wähler} = a + b (\text{Distanz Median-Wähler})]$$

ermöglicht die Prüfung, ob Abgeordnete mit dem in Frage stehenden Rollenverständnis eine geringere Distanz zum Partei-Wähler oder zum Median-Wähler aufweisen. Ist die Steigung genau 1, ist die Distanz zum Partei-Wähler genauso groß wie die Distanz zum Median-Wähler. Eine Steigung kleiner als 1 zeigt an, daß die Distanz zum Partei-Wähler kleiner ist als die Distanz zum Median-Wähler, bei einer Steigung größer als 1 ist es umgekehrt. Unterschiedliche große Übereinstimmungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten können wiederum, wie dargestellt und bereits in Kapitel 3 ausgeführt wurde (vgl. Schaubild 3.5), unterschiedlichen Demokratietypen zugeordnet werden. Dabei ist davon auszugehen, daß eine größere Nähe zum Median-Wähler paradigmatisch dem Typus der liberalen, bzw. majoritären Demokratie zugeschrieben werden kann, während eine größere Nähe zum Partei-Wähler idealtypisch parteidemokratische Regierungssysteme bezeichnet¹⁰⁴.

¹⁰³ In der Literatur findet sich dieses Maß als *Dyadic Correspondence* wieder (z.B. Dalton 1985:277).

¹⁰⁴ Diese theoretische Annahme wird auch von Huber und Powell geteilt, die interessanterweise in ihrer empirischen Untersuchung zum entgegengesetzten Resultat (Huber/Powell 1994:324).

Schaubild 5.2: Die Auswirkung der Rollenorientierung auf Policy Kongruenzen – simuliertes Regressionsmodell



Dieses Trade-Off Modell wurde nun für die drei in diesen Teil der Analyse einbezogenen Ausprägung des Rollen-Focus für jeweils drei politische Streitfragen mittels einer OLS-Regressionsschätzung analysiert. Die in Tabelle 5.5 dargestellten Ergebnisse können die von uns getroffenen Annahmen weitgehend bestätigen: Abgeordnete, die sich als Partei-Vertreter verstehen, sind in ihren politischen Positionen näher am Partei-Wähler, während Abgeordnete mit einem Nation-Focus in ihrer Position dem Median-Wähler näher stehen. Parlamentarier, bei denen der Rollen-Focus auf dem Wahlkreis liegt, befinden sich in ihren Ansichten zu den gemessenen drei Sachfragen zwischen Partei-Vertreter und Wahlkreis-Vertreter: sie sind näher am Median-Wähler als der Partei-Vertreter und näher am Partei-Wähler als der Nation-Vertreter. Nur für die Frage der Grenzkontrollen besteht in den Wählerdistanzen so gut wie kein Unterschied zwischen Partei-Vertreter und Nation-Vertreter. Das hier der Nation-Vertreter in seiner Position nicht so eindeutig zum Median-Wähler sondern genau so stark zum Partei-Wähler tendiert, kann als Indiz für größere Liberalität der Eliten im Vergleich zu den Bürgern im Bereich der Inneren Sicherheit gelten, insbesondere dann, wenn es um die

Öffnung gegenüber anderen Kulturen, bzw. der Abschottung der eigenen Ökonomie geht. An der grundlegenden Gültigkeit des Zusammenhanges von Repräsentationsrolle und Policy Kongruenzen kann angesichts von fünf von sechs bestätigten Hypothesen kaum ein Zweifel bestehen.

Tabelle 5.5: Focus-Dimension der Repräsentationsrolle und Policy-Kongruenzen (Ergebnisse des Regressionsmodells)

Regressionschätzung (OLS)						
Politische Sachfrage	Focus	Konstante	b	StdErr	adj. R2	N
Gemeinsame Währung	Partei	0,33	0,84	0,04	0,78	128
	Wahlkreis	0,12	0,92	0,02	0,94	120
	Nation	0,01	0,94	0,02	0,92	215
Arbeitsmarktprogramme	Partei	0,20	0,96	0,04	0,84	126
	Wahlkreis	0,09	1,00	0,03	0,88	118
	Nation	-0,13	1,07	0,02	0,93	216
Grenzkontrollen	Partei	0,70	0,85	0,04	0,76	128
	Wahlkreis	0,41	0,92	0,03	0,92	120
	Nation	0,52	0,84	0,03	0,78	212

Interpretation der Koeffizienten

Politische Sachfrage	Erwartung	bestätigt	Sign.
Gemeinsame Währung	b Partei-Vertreter < b Wahlkreis-Vertreter	ja	***
	b Partei-Vertreter < b Nation-Vertreter	ja	***
Arbeitsmarktprogramme	b Partei-Vertreter < b Wahlkreis-Vertreter	ja	***
	b Partei-Vertreter < b Nation-Vertreter	ja	***
Grenzkontrollen	b Partei-Vertreter < b Wahlkreis-Vertreter	ja	***
	b Partei-Vertreter < b Nation-Vertreter	nein	**

Signifikanz-Niveaus: ** $\leq 0,05$ *** $\leq 0,01$

Anm.: Die Bestimmung der Signifikanz erfolgte über einen Mittelwerttest (Blalock 1960:169).
Quelle: European Representation Study; European Election Study 1994.

Abschließend kann also festgehalten werden, daß Repräsentationsrollen auch für die Übereinstimmung von Abgeordneten und Bürgern im Hinblick auf politische Sachfragen von Bedeutung sind. Die Einbeziehung der Repräsentationsrolle ist geeignet, die oftmals große Diskrepanz in den politischen Positionen von Repräsentanten und Repräsentierten (z.B. Thomassen 1999:37; Holmberg 1999:106) zu verringern und kann sich auch gegenüber alternativen Erklärungsmodellen wie der Parteizugehörigkeit behaupten. Somit

liegt ein dritter Beleg für die Wirksamkeit des Rollenansatzes in der Repräsentationsforschung vor. Die empirische Analyse der Konsequenzen der Rollenorientierungen von Abgeordneten hat damit ihren Abschluß gefunden.